



Griechenland-Krise

# Aiginger: „Diese Zeit haben wir nicht“

Nach der Kurzfrist-Hilfe braucht es ein industrielles Aufbau-programm für Griechenland, sagt WIFO-Chef Aiginger.

VON MICHAEL BACHNER

**K**ünftig zahlt Griechenland statt 21 Prozent an Eigenmitteln bei kofinanzierten EU-Projekten nur mehr 15 Prozent. Das hat Österreichs EU-Regionalkommissar Johannes Hahn in Athen vereinbart. Insgesamt hat Griechenland von 2007 bis 2013 Anspruch auf 20 Milliarden Euro Regionalförderung, erst 4,9 Milliarden Euro wurden genutzt – teils weil das Geld für die nötige Kofinanzierung fehlte.

**„Das wäre eine Hilfe, wo wir 100 Prozent zurückbekommen, 80 Prozent wäre auch gut.“**

Karl Aiginger WIFO-Chef

WIFO-Chef Karl Aiginger geht daher einen Schritt weiter und fordert die „völlige Aussetzung der Kofinanzierung für drei Jahre“. Diese Maßnahme ist aber nur ein Teil des von Aiginger ausgearbeiteten und dem KURIER exklusiv vorliegenden GRP („Greek Recovery Program“).

Darin fordert der Spitzenökonom den Einsatz verschiedenster wachstumsfördernder Elemente der EU-Struktur- und Regionalpolitik „mit Schwerpunkt auf dem Aufbau von Industrie und Dienstleistungen in Griechenland – und nicht wieder nur Straßen bauen“.

Das Land braucht nach Ansicht Aigingers neben der „kurzfristig wirksamen“ Feuerwehraktion eines Schuldenschnitts ein „langfristig glaubwürdiges“ Aufbauprogramm mit einer aktiven Wachstumskomponente, wie er im Gespräch sagte. Dazu gehörten Schritte wie:

– **Regionalmittel** auf die rasche Arbeitsaufnahme kon-



WIFO-Chef Karl Aiginger fordert, dass die EU auf drei Jahre bei Projekten in Griechenland auf die ansonsten nötige Kofinanzierung verzichtet

zentrieren (Betriebsgründungen, Gewerbezentren, Businessparks).  
– **Bürokratie-Hilfe** zur Abrufung von EU-Mitteln, bei der Steuereintreibung, bei Privatisierungen oder im Bereich Arbeitsmarkt.

– **Arbeitsmarkt** Aiginger schweben auch Dinge wie Stipendien für griechische Studenten in technischen Berufen, Angebotsamt Jobgarantie für griechische Facharbeiter oder niedrigst

verzinsten Startdarlehen für 1000 griechische Jungunternehmer vor.

Die Konsolidierung des griechischen Staatsbudgets dauert ohne neues Wachstum und Visionen für zukunftsträchtige Branchen ansonsten mindestens fünf bis zehn Jahre, ist Aiginger überzeugt. „Diese Zeit haben wir nicht. Da wäre auch die Gefahr der Ansteckung anderer Länder zu groß und Europa überfordert.“

Der Warnschuss der Finanzmärkte vor den Bug des „neuen“ Euro-Sorgenkinds Italien sei „vielleicht sogar ein Glücksfall“, so Aiginger. Es sei die Chance die innenpolitischen Probleme Italiens in den Griff zu bekommen und Reformen endlich umzusetzen.

Diese „Warnung der Märkte“ hätten in Österreich Androsch, Treichl und Raidl übernommen, freut sich Aiginger über die privaten Re-

forminitiativen aus Industrie und Bankenwelt. Erstaunlich genug sei, dass sich auch in Österreich langsam der Reformstau auflöse. Aiginger nennt als Beispiele die oberösterreichische Gesundheitsreform, die Schritte zur Verwaltungsvereinfachung in der Steiermark oder den Beschluss über das neue Ökostromgesetz. „Plötzlich bewegt sich was. Der pragmatische Step-by-Step-Ansatz beginnt Wirkung zu zeigen.“

► **Umfrage**

## Euro-Stabilität ist bereits größte Sorge der Deutschen

**F**ür ein Drittel der 80 Millionen Deutschen ist die Schuldenkrise im Euroraum laut einer Umfrage des ZDF-Politikbarometers inzwischen das gravierendste Problem. Deutlich dahinter rangiert mit 22 Prozent die Arbeitslosigkeit. Und die größte Sorge rund um die Schuldenkrise gilt der Stabilität des Euro selbst: 86 Prozent der Befragten sehen sie gefährdet. Als große oder sehr große Gefahr für den Euro sehen zwei Drittel die Finanzprobleme Italiens.

Den Politikern trauen Österreicher Nachbarn eher

nicht zu, das Problem zu lösen: Mit 53 Prozent stellt mehr als die Hälfte der 1273 befragten Wahlberechtigten der Politik ein schlechtes Zeugnis in Sachen Krisenmanagement aus. Weitere Hilfen für Griechenland lehnt eine Mehrheit von 53 Prozent ab.

**Gefahr für Euro** Die griechische Schuldenkrise bedroht laut deutschem Finanzminister Wolfgang Schäuble mittlerweile die gesamte Eurozone. „Die von Griechenland ausgelöste Vertrauenskrise“, so Schäuble in der WAZ, „gefährdet in-

zwischen den Euro als Ganzes.“ Gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten lehnt er aber ab. Diese Euro-Bonds würden nur dazu führen, dass kein Staat mehr einen Anreiz hätte, ordentlich zu haushalten. Das könne nicht die Lösung sein.

Hefige Kritik an den Ra-

ting-Agenturen übt der Chef der Kreditschker-Bank, Georg Wolf-Schönach. Europa sei zum beliebten Spieltisch für Gambler und Zocker geworden. Dabei komme der Verdacht auf, dass die Ratingagenturen am Betrieb dieses „Casinos“ nicht ganz unbeteiligt sind.



**Gefährdet** sieht der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (re.) den Euro als Ganzes durch die griechische Schuldenkrise

► **EU-Kommission**

## Krisen-Zeiten, und Beamte sind auf Urlaub

**T**rotz des am Freitag verabschiedeten italienischen Sparpakets ist die Schuldenkrise in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland nicht gelöst. In Belgien spitzt sich die Lage zu. Das Vertrauen in die gemeinsame Währung sinkt in der ganzen Euro-Zone.

Griechenland braucht ein zweites Hilfspaket, um in den nächsten Wochen nicht pleite zu sein. Seit Tagen gibt es Gerüchte um einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs. Als Termin werden jetzt Donnerstag oder Freitag nächster Woche genannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel sträubt sich nach wie vor gegen ein konkretes Datum.

Und neben der Schuldenkrise muss sich die EU auch mit den politischen Spannungen im arabischen Raum und der Hungersnot in Afrika befassen.

**Risiko** In Brüssel schlagen EU-Experten Alarm, weil ab 25. Juli die große Mehrheit der 29.800 Kommissionsbeamten auf Urlaub ist. „Das ist ein Risiko, die Finanzmärkte machen keine Ferien“, wird Michael Emerson von Brüsseler Think Tank *Centre of European Policy Studies* vom Nachrichtendienst *euro-serviert*.

Traditionell läuft der EU-Betrieb im August auf Sparflamme. Die Kommissare und mehr als 80 Prozent der Beamten sind auf Urlaub. Auf KURIER-Anfrage wehrt sich die EU-Kommission gegen die Annahme, nicht entsprechend auf mögliche Krisenhatte Entwicklungen und Sondertreffen der EU-Granden reagieren zu können. „Wir verfügen über die Strukturen und die Arbeitsmethoden, um in einer Krise rasch und effizient handeln zu können“, sagte der Pressesprecher von Verwaltungskommissar Maroš Šefčovič. An einen Urlaubsstopp in der Kommission sei nicht gedacht.  
– Margaretha Kopeinig

**Die Griechenland-Krise im Zeitraffer**

2001	2004	2009	2010
<p><b>1. Jänner:</b> Griechenland tritt als zwölfter Staat der Euro-Zone bei.</p> 	<p><b>September:</b> Laut EU-Statistikamt Eurostat hat Griechenland seine Zahlen zum Haushaltsdefizit seit 2000 manipuliert. Eurostat kommt auf deutlich höhere Defizite. Das Land hätte nicht in die Eurozone aufgenommen werden dürfen.</p>	<p><b>Frühling:</b> Die internationale Finanzkrise verschärft Griechenlands Verschuldungsproblem. Die konservative griechische Regierung plant Steuererhöhungen und Rentenkürzungen, es kommt zu Protesten.</p>	<p><b>14. Jänner:</b> Die griechische Regierung stellt ein drastisches Sparprogramm vor. <b>3. Februar:</b> Die EU-Kommission stellt Griechenland unter Aufsicht. Athen soll bis 2012 sein Defizit in den Griff bekommen.</p> 
<p><b>25. März:</b> Euro-Länder einigen sich auf einen Rettungsplan. <b>27. April:</b> Die Rating-Agentur Standard &amp; Poor's stuft Griechenlands Staatsanleihen auf Schrottrisiko herab, die Risikoaufschläge schießen in die Höhe. <b>2. Mai:</b> EU, IWF und EZB sichern Finanzhilfen von</p>	<p>110 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 zu. Im Gegenzug soll Athen ein drastisches Sparprogramm umsetzen. <b>12./18. Mai:</b> Griechenland erhält die ersten Hilfspakete von EU und IWF – total 20 Mrd. Euro. <b>8. Juli:</b> Griechenland hebt das Rentenalter von 61,4 auf 65 Jahre an.</p> 	<p><b>23. Februar:</b> Eine neue Streikwelle legt das Land weitgehend lahm. <b>15. April:</b> Ministerpräsident Papandreu kündigt das nächste Sparpaket an. Durch neue Steuern, Ausgabenkürzungen und Privatisierungen sollen 78 Milliarden Euro eingespart werden.</p>	<p><b>22. Juni:</b> Das Parlament in Athen spricht Papandreu knapp das Vertrauen aus. <b>29. Juni:</b> Das griechische Parlament stimmt dem Sparpaket der Regierung zu. Damit ist die entscheidende Voraussetzung für die nächste Kredittranche aus dem 110-Milliarden-Paket von EU und IWF erfüllt. <b>3. Juli:</b> EU und IWF genehmigen die nächste Kreditrate von 12 Milliarden Euro. <b>12. Juli:</b> EU-Finanzminister erwägen Zahlungsausfall Griechenlands. Keine Einigung über weitere Finanzhilfe im Ausmaß von bis zu 120 Milliarden Euro.</p>